

um 20 Prozent geschrumpfte Wohnungsbau dieses Jahr wohl auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten fallen.

Eine überbordende Inflation, eine marode Verwaltung, eine zerrüttete Arbeitsmoral und Tausende unrentabler Staatsbetriebe – polnische Ökonomen wie etwa der Warschauer Wirtschaftsprofessor Pawel Bozyk warnen, daß unter solchen Horror-Bedingungen ein marktwirtschaftliches Crash-Programm geradewegs in die Katastrophe mündet.

„Man kann nicht die Marktwirtschaft einführen“, sagt Bozyk, „wenn es an allem, aber auch an allem fehlt – an moderner Technik, an Kapital, tüchtigen Managern und disziplinierten Arbeitern.“

Bozyk schätzt, daß 40 Prozent der Industrie-Unternehmen geschlossen werden müssen, wenn die Regierung ihren Kurs tatsächlich beibehält. Die Unternehmen, die fast alle an großzügige Zuschüsse und einen abgeschotteten Markt gewöhnt sind, werden vor allem unter dem Druck der Auslandskonkurrenz zusammenbrechen, die nun fast ungehindert in Polen verkaufen darf.

Nur durch eine noch stärkere Abwertung des Zloty, die Auslandsprodukte in Polen teurer macht, oder durch höhere Zölle würde dieser Importdruck abgeschwächt. Doch die Regierung will den Zloty-Kurs möglichst bis Ende März stabil halten, damit nicht verteuerte Importe als Treibsatz für eine neue Preisrakete wirken.

Schon die Preisexplosion zu Beginn dieses Monats war stärker, als die Regierung erwartet hatte. „Manche Unternehmen haben ihre Preise über alle vernünftigen Grenzen hinaus erhöht“, zürnt Außenhandels-Staatssekretär Janusz Kaczurba.

Die Reformer hatten übersehen, daß in einem noch nicht auf Wettbewerb umgestellten System wie dem polnischen vor allem die großen, besonders unwirtschaftlichen Monopolunternehmen von einer Freigabe der Preise profitieren. Die Monopolisten nutzten prompt die marktbeherrschende Position, um ihre Preise in diesem Monat besonders stark anzuhängen.

Professor Bozyk mahnt daher: „Wenn in einer Wirtschaft, die noch zu über 90 Prozent in Staatshand ist, alle Preiskontrollen aufgehoben werden, führt das zu pathologischen Resultaten.“

Vorsichtige Reformer wie Bozyk plädieren für einen behutsamen Umbau. Das Land brauche noch 10 bis 15 Jahre, sagt der Theoretiker, bis es für die Marktwirtschaft reif sei.

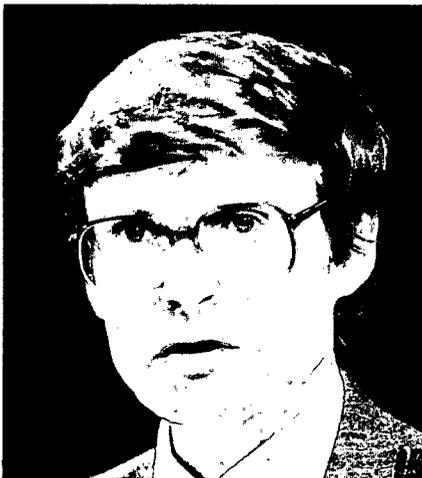
Flinken Geschäftemachern wie dem Geldwechsler Grobelny dagegen sind die Reformen noch nicht radikal genug. „Wie soll ich hier Firmen aufbauen“, klagt er in seinem kleinen, schmuddeligen Büro, in dem er – angeblich aus Sicherheitsgründen – ständig hinter geschlossenen Vor-

hängen hockt, „wenn ich bei Geschäftsreisen im Ausland nur einen täglichen Spesensatz von 40 Mark vom Finanzamt zuerkannt bekomme?“

Durch Zeitungsanzeigen hatte Grobelny in den vergangenen Monaten bei polnischen Sparern 13 Milliarden Zloty (etwa 2,4 Millionen Mark) zu Zinsen von 180 bis 300 Prozent im Jahr eingesammelt. Mit dem Geld wollte er fünf kleine Produktionsbetriebe aufbauen.



Ministerpräsident Mazowiecki



Finanzminister Balcerowicz

Polnische Wirtschaftsreformer

„Dies ist wohl die härteste Zeit“

Aber das lohne sich nach dieser halbherzigen Reform noch nicht, sagt er.

Auch sein Geldwechsel-Geschäft läuft seit Beginn des Jahres nicht mehr so gut. Durch die starke Abwertung des Zloty bieten die offiziellen Wechselkassen in den Banken und den großen Hotels nämlich erstmals mehr Zloty je Dollar oder Mark als die seit dem Frühjahr 1989 zugelassenen privaten Wechselstuben oder die Straßenhändler.

Dennoch hat Grobelny noch 1200 Kunden täglich, die im Schnitt 37 Dollar tauschen. An den sieben Kassen seines Kontors werden die Kunden prompt bedient. In den Banken dagegen müßten

sie stundenlang anstehen, und in den Hotels dürfen nur Ausländer tauschen.

Finanzminister Balcerowicz, der es weder Theoretikern wie Professor Bozyk noch Praktikern wie Grobelny recht macht, weiß, was er dem bitterarmen polnischen Volk zumutet.

„Dies ist wohl die härteste Zeit, die das polnische Volk nach dem Krieg durchmacht“, räumt er ein, „aber wenn wir diese schwierige Phase überstanden haben, können wir die Art von Wirtschaft aufbauen, die wir uns alle für Polen wünschen.“

— Abrüstung —

Bedrohliche Ungewißheit

Schneller, als es die Wiener Verhandlungen erlauben, wollen Ost und West militärische Lasten loswerden.

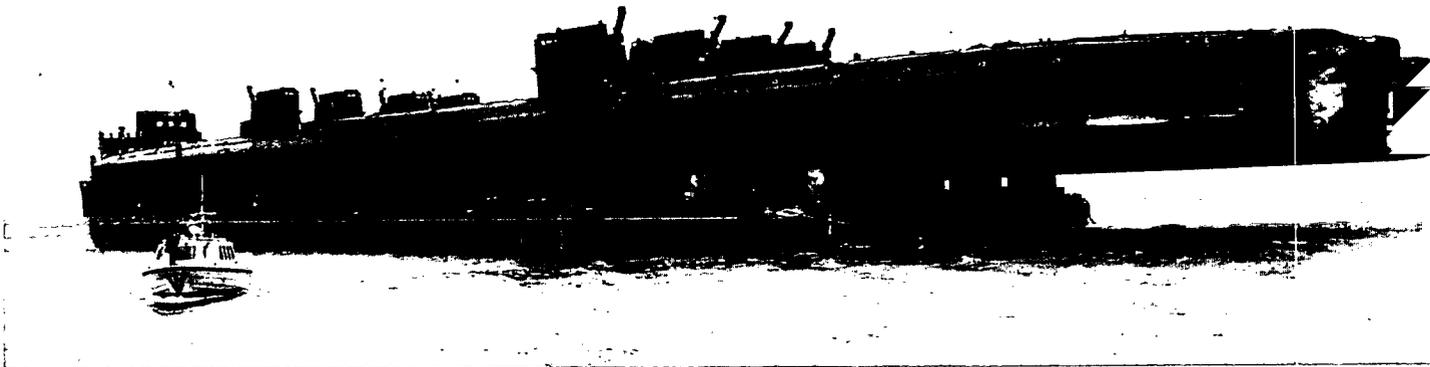
In Stahnsdorf bei Potsdam geschah Unerhörtes: Vor laufenden West-Kameras verweigerten DDR-Soldaten den Befehl. Angehörige des Motorisierten Schützenregiments „Arthur Ladwig“ der Nationalen Volksarmee (NVA) teilten ihren Vorgesetzten mit, sie würden an einem überraschend angesetzten Manöver mit Truppen der sowjetischen Bruderarmee nicht teilnehmen.

„Für solche Schauveranstaltungen“, so der Soldatenrat, wollten die Volksarmisten sich „nicht mehr hergeben“ und drohten mit Streik. Ein Sprecher: „Kein einziger Soldat steht moralisch hinter der Übung.“

Die Offiziere riefen nicht, was in Westarmeen längst geschehen wäre, Militärpolizisten, um die Aufrührer vor ein Militärgericht zu bringen. Vielmehr bekannte einer der ratlosen Chefs auf die Frage, ob das Manöver am Widerstand der Soldaten scheitern könnte: „Ich glaube schon.“ Die Verweigerung seiner Einheit „mit Brachialgewalt“ zu beantworten kam ihm gar nicht in den Sinn: „Das ist dann keine Übung mehr.“ Der Offizier gab sich, undenkbar für einen Bundeswehr-Kollegen in ähnlicher Lage, verhandlungsbereit: „Wir müssen hier den Konsens finden.“

Jahrzehntelang hatte sich die NVA mit stocksteifen Ehrenwachen unter blankem Helm und blitzendem Bajonett als der eigentliche Erbe des preußischen Militarismus präsentiert. Nun haben die Muster-Militärs des Ostens mit ihren Kameraden gleichgezogen. Auflösungserscheinungen verzeichnen auch alle anderen Armeen des Warschauer Paktes.

Verblüfft registrierten die ranghöchsten Militärs der Nato, die sich vorige



Ausgemusterte Sowjet-U-Boote*: „Moskau ist nicht der einzige Feind“

Woche in Wien erstmals mit den Ost-Kameraden zum Meinungs austausch trafen, die gewaltigen Veränderungen beim einst so gefürchteten Gegner:

- ▷ Bis zum Jahresende, so Moskaus Pläne, sollen einseitig mindestens 500 000 Soldaten, 10 000 Panzer und 8500 Artilleriegeschütze außer Dienst gestellt sein. Der sowjetische Wehretat wird spürbar beschnitten, die Rüstungsproduktion geht erkennbar zurück. Ausgemusterte U-Boote wurden zum Verschrotten gar gen Westen verfrachtet.
- ▷ Ungarn und Bulgarien wollen über ein Drittel ihrer Streitkräfte heimschicken, die ČSSR ein Viertel. Auch in Polen und der DDR ist der Truppenabbau bereits angelaufen.
- ▷ Die Spitzenmilitärs der Pakt-Staaten, einst ergebene Vasallen Moskaus, vertreten neuerdings vorrangig nationale sicherheitspolitische Interessen. Mit dem verblasenden Feindbild schwindet in der Truppe jegliche Motivation.
- ▷ Budapest, Warschau und Prag fordern, möglichst bis Jahresende, den Abmarsch der insgesamt rund 180 000 Sowjetsoldaten aus ihren Ländern – über dreimal mehr, als der Kreml einseitig zurückziehen wollte.
- ▷ Die DDR setzt, wie Ungarn, die Wehrdienstzeit auf zwölf Monate herab und legt ganze Truppenteile still, weil Soldaten vorzeitig entlassen oder in die Produktion abkommandiert werden.

Verzweifelt bemühen sich die Sowjets, ihrer vom Zerfall bedrohten Militärallianz ein politisches Korsett anzulegen. Der Beratende Politische Ausschuß, höchstes ziviles Gremium des Ostpakts, in dem seit 35 Jahren die KP-Chefs auf Moskauer Linie eingeschworen worden waren, soll aufgelöst werden. An seine Stelle, so ein sowjetischer Spitzenmilitär, könnte ein Rat der Staatschefs tre-

ten, die auch im Osten bald überwiegend demokratisch legitimiert sein werden. Ein solches Bündnis werde durchaus offen sein für nationale Interessen und regionale Sicherheitsbedürfnisse, versprach der Russen-General.

Finanzielle Zwänge und politische Einsichten verdrängen auch in der Nato immer stärker die oft mühsam erzielten Nato-Beschlüsse früherer Jahre.

Vor allem Bonn visiert schon Ziele an, die weit über westliche Vorschläge für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa hinausgehen: Pläne zum drastischen Abbau der Bundeswehr, zur Kürzung der Wehrdienstzeit, zum Verzicht auf die atomaren Kurzstreckenwaffen sind bei Regierung und Opposition kaum noch ernsthaft umstritten.

Aus Geld- und Personalmangel müssen die Italiener womöglich noch in diesem Jahr 20 Bataillone abbauen. Andere Nato-Staaten wie Belgien, Dänemark oder die Niederlande halten ihren Militärbeitrag zur Nato seit Jahren ohnehin nur noch auf dem Papier parat.

Selbst die USA, unter Ronald Reagan noch weltweit Aufrüster Nummer eins, haben ihren Streitkräften Sparkurs befohlen: Das Pentagon will bis 1994 insgesamt 180 Milliarden Dollar einsparen.

Der Kongreß, soviel scheint heute schon sicher, will deutlich mehr aus der Wehrkasse abführen. In Washington wird bereits diskutiert, die Truppenpräsenz in Europa zu dritteln.

Da wirkt konservativ, fast schon anti-quiet, was die west-östlichen Unterhändler bei den Wiener Abrüstungs-sprächen diskutieren: Die Militärblöcke sollen auf ein stabiles, aber hohes Gleichgewicht runtergebracht werden. Da besteht die Gefahr, daß ein Status festgeschrieben wird, der hinter den Zielen der rüstungsmüden Staaten beider Allianzen deutlich zurückbleibt:

Auch nach dem für dieses Jahr anvisierten Vertragsabschluß in Wien sollen zwischen Ural und Atlantik noch 40 000

Panzer, 56 000 Schützenpanzer, 33 000 Geschütze, rund 11 000 Kampfflugzeuge und knapp 4000 Kampfhubschrauber bereitgehalten werden.

Je 275 000 Soldaten will Washington den beiden Supermächten in ihren europäischen Bündnisstaaten zugestehen – weit mehr, als die Länder Osteuropas und der zum Sparen entschlossene US-Kongreß zu tolerieren bereit scheinen.

Zudem zementiert der Vertrag Blockstrukturen, die augenscheinlich heute schon überholt sind. Er legt Rüstungsgrenzen nur regional, nicht aber für einzelne Staaten fest. Wieweit die Mitgliedsländer rüsten dürfen und ob sie sich an die vorgegebenen Grenzen halten, muß blockintern geprüft werden.

Die Garantie von Abrüstung und Stabilität ist für viele Politiker und Strategen denn auch die wichtigste, vielleicht einzige Zukunftsaufgabe der angeschlagenen Verteidigungsorganisationen.

Nur deswegen hat der Kreml einen bedeutsamen Kurswechsel vollzogen: Statt wie früher Amerikas Sicherheitsinteressen in Europa zu leugnen, bestehen die Sowjets heute sogar darauf, daß Washington in Europa weiter präsent bleibt – auch militärisch. So werden Moskaus Einflußrechte festgeschrieben.

Auch den Offizieren in Wien dämmert inzwischen, daß ihre Diskussionen um Doktrinen und Potentiale längst von der Wirklichkeit überholt worden sind. In amerikanischen Militärakademien herrscht Ratlosigkeit. „Die Bedrohung geht nicht mehr von den Sowjets aus, sondern von der Ungewißheit“, meint der Leiter einer Navy-Schule auf die Frage, welche Ausbildungsziele er seinen Schülern künftig setzen werde.

Joseph Luns, bis 1984 immerhin 13 Jahre lang Nato-Generalsekretär, sieht für die West-Allianz weiterhin militärische Aufgaben: „Moskau ist nicht der einzige Feind“, meinte der 78jährige Niederländer in einer belgischen Talkshow. „Wie können Sie vorhersagen, was in Deutschland geschehen wird?“

* Auf einem Ponton im Rotterdamer Hafen.